

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4036

Interessengemeinschaft Marina Wendtorf
Peter Bodendleck ;
Hohwachter Weg 33, 24148 Klei

www.lg-marina-wendtorf.de

12.02.2015

Per Telefax: Fax: 0431-5300 4 1180

An die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Landeshaus
24105 Klei

Wiederholte Absetzung des TOP „Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern“

Sehr geehrte Herren,

seit Monaten warten wir vergebens auf die Behandlung des TOP „Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern“ durch den Wirtschaftsausschuss. Nun haben wir selbst weitere Recherchen unternommen und uns ist folgendes aufgefallen:

Wirtschafts- und Verkehrsminister Reinhard Meyer rechtfertigt gegenüber dem Landtag am 11. Juli 2014 seine Verkäufe von Küsten und Ufern in Schleswig-Holstein mit der Aussage (lt. aml. Plenarprotokoll):

- Das Land dürfe Gewinne aus Geschäften mit Seewasserstraßen ziehen.
- Dem Land stehe das wirtschaftliche Verwertungsrecht zu.
- Dieses Verwertungsrecht solle sich das Land keinesfalls nehmen lassen.

Nun ist es aber so, dass das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 06.07.1990 - 4 A 1/87 zur wirtschaftlichen Verwertung von Seewasserstraßen durch die Länder dargelegt hat,

dass die Küstenländer kein wirtschaftliches Verwertungsrecht für Seewasserstraßen haben.

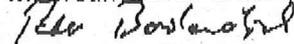
Wie geht der Wirtschaftsausschuss um mit einem Minister, der nicht die Wahrheit sagt, um private Grundstückskäufer zu schützen?

Seit Juni 2014 liegt eine verwaltungsgerichtliche Klage gegen die Landesregierung vor wegen der Privatisierung einer Seewasserstraße. Ist der Wirtschaftsausschuss darüber unterrichtet? Weiß der Wirtschaftsausschuss, warum diese Klage eingereicht wurde?

In dem Klageverfahren ist die Landesregierung vor Gericht gescheitert, das Verfahren – entsprechend o. g. Aussage des Ministers vor dem Landtag – als private Streitigkeit einzustufen. Selbst der Kaufvertrag des Landes ist von dem Gericht als öffentlich-rechtlicher Vertrag festgestellt worden. Damit sind alle bisherigen Aussagen des Ministers vor dem Landtag Makulatur.

Wir haben Vertrauen in eine neutrale Arbeit des Parlaments, das die Landesregierung kontrolliert. Deshalb gehen wir davon aus, dass Sie in der nächsten Sitzung die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beschließen werden. Auch die IG-Mitglieder sind von diesen „Geschäften“ des Ministers negativ betroffen wie Sie wissen, und deshalb an der Aufklärungsarbeit des Wirtschaftsausschusses besonders interessiert.

Mit freundlichen Grüßen


Peter Bodendleck